



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.

STEPHAN WEIL

Niedersächsischer Ministerpräsident

DER NORDEN ALS GEWINNER DER ENERGIEWENDE



STEPHAN WEIL

- Stephan Weil wurde 1958 in Hamburg geboren
- | | |
|-----------|--|
| 1977 | Abitur |
| 1977–1978 | Zivildienst in der Kinder- und Jugendpsychiatrie der Kinderheilstätte Hannover |
| 1978–1983 | Jura-Studium an der Universität Göttingen, 1. juristisches Staatsexamen |
| 1984–1986 | Referendariat |
| 1986 | 2. juristisches Staatsexamen |
| 1987–1989 | Rechtsanwalt in Hannover |
| 1989–1991 | Richter und Staatsanwalt |
| 1991–1994 | Richter am Amtsgericht Hannover |
| 1994–1997 | Ministerialrat im Niedersächsischen Justizministerium |
| 1997–2006 | Stadtkämmerer |
| 2006–2013 | Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover |
| seit 2013 | Niedersächsischer Ministerpräsident |

VORTRAG AM 28. OKTOBER 2014



Ja, es stimmt beides: Ich bin gebürtiger Hamburger und fühle mich als lebenslanger Hannoveraner. Es war mir nur vergönnt, die ersten zwei Jahre meines Lebens in Hamburg zuzubringen. Das hat aber ausgereicht, dass ich immer ein gutes Gefühl habe, wenn ich vom Süden her kommend über die Elbbrücken fahre. Heute ist es wieder so gewesen und damit können Sie auch nachvollziehen, warum ich mich gefreut habe über die Einladung. Der Ruf des Übersee-Clubs ist bis weit in Ihr niedersächsisches Umland hinein gedrungen. Er ist als eine wichtige Vereinigung von Wirtschaft und Wissenschaft in Hamburg meinungsbildend. Ich freue mich darüber, dass Sie immer wieder im Laufe Ihrer Geschichte niedersächsische Ministerpräsidenten eingeladen haben, und will nicht darüber spekulieren, ob das ein Grund dafür ist, dass wir rein statistisch betrachtet in Niedersachsen einen relativ kurzen Aufenthalt in unseren Ämtern haben.

I.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich mich recht entsinne, ist es etwa ein halbes Jahr her, dass ich von Ihnen eine Anfrage erhalten habe. Damals war die Energiepolitik ein sehr aktuelles Thema. Die Aktualität ist im Moment etwas zurückgegangen, die strukturelle Bedeutung aber ist nicht geringer geworden. Die Energiepolitik hat uns seit den Bundestagswahlen bis einschließlich zur Sommerpause massiv in Atem gehalten, die Debatte endete mit einem Beschluss im Bundesrat mit einer Novelle des Gesetzes über die erneuerbaren Energien.

Dieses Gesetz war ein struktureller, ein strategischer Erfolg für uns im Norden. Darüber gewissermaßen unter uns Nordlichtern zu sprechen erscheint mir sinnvoll zu sein, denn das Thema wird uns noch lange begleiten. Die Energiewende ist ein Marathonlauf, ein Generationenprojekt. Ich fürchte, ich werde das Ende dieses Projektes nicht erleben: Ich bin geboren im Jahre 1958, etwa um das Jahr 2050 herum sollen 80% unserer Energieversorgung auf erneuerbare Basis gestellt sein. Die Energiewende ist zugleich ein antizyklisches Vorhaben. Wenn wir uns in der Welt umschauen, stellen wir nicht etwa fest, dass alle anderen Volkswirtschaften dem deutschen Beispiel gefolgt wären und ebenfalls aus der Atomkraft aussteigen werden, im Gegenteil, es ist eher eine Mehrheit von Ländern, die sich daranmacht, neue Atomkraftwerke zu bauen, und deswegen ist die Energiewende eben auch ein Vorhaben, das unter maximaler internationaler Beobachtung stattfindet.

Wir Deutschen gelten als eine Nation, die exzellent planen und organisieren kann. Wer also, so sagen sich andere Länder, könnte die Energieversorgung ganz und gar auf erneuerbare Energien umstellen, wenn nicht diese Deutschen („wenn sie es nicht schaffen, dann haben sie den Schaden; wenn sie es schaffen, werden wir es nachmachen“).

Wir haben mit dieser Energiewende etwas Besonderes auf uns genommen. Ob sich dessen alle bewusst waren, darf man mit Fug und Recht in Zweifel ziehen. Zwischen 2000 und 2011 haben wir eine wahre Achterbahnfahrt in der Energiepolitik erlebt. Im Jahre 2000 vereinbart Bundeskanzler Gerhard Schröder mit der Energiewirtschaft einen sogenannten Atomkonsens. Er hatte zum Gegenstand, bis zum Jahre 2032 nach und nach aus der Atomenergie auszusteigen und in die erneuerbaren Energien einzusteigen. Mehr als drei Jahrzehnte hatte man sich damals vorgenommen. Neun Jahre später fand der Ausstieg aus dem Ausstieg statt. Es wurde unter einer neuen Bundesregierung eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken beschlossen. Ich war damals Präsident des Verbandes der kommunalen Unternehmer, darunter vor allem auch viele Stadtwerke. Damals gab es in der Energiebranche heftigste Auseinandersetzungen, weil man sich fragte, worauf man sich eigentlich verlassen könne – und das in einer Industrie, die hohe Investitionen stemmen muss und deswegen extrem auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen ist. Und keine zwei Jahre später hatten wir die Katastrophe von Fukushima mit einem rasanten Wechsel der Ansichten seitens der damaligen Bundesregierung. Das hatte viel mit Fukushima, auch viel aber mit anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg zu tun. Es folgte innerhalb von kürzester Zeit die Entscheidung, dass Deutschland aus der Atomenergie aussteigen und ganz und gar einsteigen werde in erneuerbare Energien – eine in der Tat faszinierende Zielstellung.

Stellen wir uns einmal vor, es gelingt uns tatsächlich, unsere Volkswirtschaft insgesamt umzustellen auf erneuerbare Energien. Dann haben wir

1. einen unerschöpflichen Vorrat an Energie und
2. ein maximal gutes Gewissen,
3. hätten wir Energieautarkie, wir wären nicht mehr abhängig von Energieimporten, zum Beispiel aus Russland,
4. hätten wir wahrscheinlich die Technologieführerschaft in einem Bereich, der letztlich überall auf der Welt nachgefragt ist, und
5. dürfte man davon ausgehen, dass wir es dann auch mit einer sehr, sehr wirtschaftlichen Energieversorgung zu tun hätten: Grenzkosten null.

Aber bei all diesen Verlockungen, die damals im Vordergrund gestanden haben, führt kein Weg um die nüchterne Feststellung herum, dass es sich um einen Ausstieg ohne Drehbuch gehandelt hat. Das ist etwas, was mich immer wieder überrascht. Es gab keinen Plan in der Schublade, der die nachfolgenden Stationen genau beschrieben und bei dem man am Beginn eines schwierigen Weges genau gewusst hätte, in welchen Schritten man welche Maßnahmen ergreifen muss. Wir sind immer noch dabei, diesen Plan langsam und hoffentlich zielstrebig und klug zu erarbeiten. Das ist nicht unbedingt etwas, was dem Bild von Deutschland im Ausland entspricht, aber es ist so. Man tut, glaube ich, gut daran, sehr nüchtern darüber zu reden.

II.

Was aber hat all das mit Norddeutschland zu tun?

Wenn wir uns unseren norddeutschen Wirtschaftsraum anschauen, dann gibt es eine Vielzahl von Stärken, auf die wir ausgesprochen stolz sein können. Wenn ich in Hamburg bin, muss ich selbstverständlich die maritime Wirtschaft hervorheben. Als niedersächsischer Ministerpräsident verweise ich aber immer wieder auch gerne auf Agrarwirtschaft und Automobilbau als Stärken, die unseren Wirtschaftsraum durchaus auch international hervorheben. In Sachen Energiewirtschaft hatte dagegen Norddeutschland eigentlich kein besonderes Profil. Dafür gab es einfache Gründe. Erstens haben wir anders oder weniger ausgeprägt als Süddeutschland oder Westdeutschland keine so große Dichte an industriellen Zentren mit entsprechender Abnahme von Energie und zweitens haben wir keine Rohstoffe. Bei uns findet man keine Kohle; in Niedersachsen gibt es zwar Erdgas und Erdöl und darüber freuen wir uns auch, aber diese Vorkommnisse waren für die Gesamtversorgung Deutschlands nie wirklich ausschlaggebend. Mit der Energiewende, mit der Entscheidung, nach und nach umzusteuern auf erneuerbare Energien, gewinnt auf einmal der norddeutsche Wirtschaftsraum eine wichtige Kernkompetenz hinzu. Unverhofft haben wir einen Rohstoff in unserem Portfolio. Wind ist der Rohstoff der Nordens, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Jahrhundertlang, Jahrtausendlang ist den Norddeutschen der Wind um die Nase geweht. Dass es ein Rohstoff ist, hatten die wenigsten im Blick. Der Wind weht bei uns vergleichsweise stetig und sehr stetig auf der See. Wir wissen, dass die großen Offshore-Windparks am Ende eine Verfügbarkeit haben werden, die sie grundlastfähig macht, sodass sie also nahezu ständig Strom produzieren können. Sie füllen damit ein Merkmal aus, das bislang eigentlich nur Atomkraftwerke nachweisen konnten. Wir wissen, dass Wind durch seine Stetigkeit eine hohe Wirtschaftlichkeit aufweist. Die relativ guten Windstandorte sind heute schon wettbewerbsfähig, ohne dass es einer zusätzlichen staatlichen Förderung bedarf. Und obendrein hat Wind noch einen weiteren Vorteil, er weht überall. Mit anderen Worten, es handelt sich um einen dezentral verfügbaren Rohstoff. Und wenn wir etwas in unserem norddeutschen Wirtschaftsraum reichlich haben, dann ist es Fläche. Deswegen kann Windenergie das Wirtschaftsprofil unseres norddeutschen Raumes tatsächlich mit prägen.

Wo stehen wir derzeit?

Wir sind von den 80% erneuerbaren Energien noch weit, weit entfernt. Es mögen derzeit etwa 26/27% sein, der Anteil der erneuerbaren Energien, also insbesondere Sonne, Wind, Biomasse, an dem gesamten Stromaufkommen in Deutschland. Aus dem Norden stammt etwa ein Drittel. Das hängt damit zusammen, dass wir es auch

sehr stark mit einem Ausbau von Solarenergie vor allem in denjenigen Teilen Deutschlands zu tun haben, in denen noch öfter die Sonne scheint als bei uns im Norden. Wir haben andere Stärken als die Sonne, wie wir alle wissen. Doch schon dieser noch vergleichsweise überschaubare Anteil am gesamten Stromaufkommen in Deutschland führt zu interessanten wirtschaftlichen Konsequenzen. Wir haben schon heute rings um die erneuerbaren Energien etwa 50.000 Arbeitsplätze in Norddeutschland, die direkt oder indirekt davon abhängen. Alleine in Hamburg sind es über 14.000 Arbeitsplätze, so eine Untersuchung von Prognos. Es ist nicht alleine der Betrieb von entsprechenden Energieanlagen, wir haben eine ganze Wertschöpfungskette, die damit im Zusammenhang steht.

Ob Offshore-Windparks gebaut werden oder nicht, das spürt man beispielsweise in Salzgitter in der Stahlproduktion. Anlagen- und Maschinenbau sind betroffen, Service und Wartung werden eine große Rolle haben. Etwa 50.000 Arbeitsplätze – das ist der Stand heute. Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, bis zum Jahre 2030, also in 15 Jahren, den Anteil von Erneuerbaren auf etwa 35% zu steigern. Sie hat etwas Tempo herausgenommen aus der Steigerung, aber 35% lassen sich hören. Und wenn wir konservativ einmal davon ausgehen, der Anteil des Nordens würde bei etwa einem Drittel dieses erneuerbaren Stroms bleiben – das ist wirklich eher sehr vorsichtig kalkuliert aus Gründen, auf die ich noch kommen werde –, dann stellen wir fest, dass die wirtschaftlichen Effekte noch wesentlich größer werden dürften.

Ich möchte Ihnen das an einem besonders anschaulichen Beispiel verdeutlichen. Die Offshore-Windparks sind jeder für sich Milliardenprojekte, die typischerweise kaum unter 800 Millionen Euro zu haben sind, viele von ihnen sind größer und dementsprechend noch teurer. Derzeit sind Windparks in einem Investitionsvolumen von 3 Milliarden Euro im Bau. Der Bremer Bürgermeister, Jens Böhrnsen, und ich haben kürzlich ein Branchentreffen durchgeführt. 7-11 Milliarden Euro Investitionen sind seitens unterschiedlicher Unternehmen in der Pipeline und dürften im nächsten oder übernächsten Jahr an den Start gehen. Das sind Investitionsvolumina, mit denen derzeit eigentlich keine andere Branche in Deutschland rechnen kann. Das Bundeswirtschaftsministerium geht davon aus, dass wir es etwa um das Jahr 2030 herum mit einer Steigerung von etwa 250.000 Arbeitsplätzen im Bereich der erneuerbaren Energien zu tun haben werden, gegenüber heute eine Steigerung um 50%! Ein großer Teil davon wird im Norden zu sehen sein. Warum? Weil die Wachstumspotenziale der Windenergie noch einmal deutlich größer sind als diejenigen der Solarenergie, des anderen großen Trägers der erneuerbaren Energien. Auch dort wird ein weiteres Wachstum feststellbar sein, aber ich vermute, dass der Ausbau der Windenergie stärker sein wird.

Dass wir jetzt diese Perspektiven haben, dafür waren tatsächlich die von außen nicht immer leicht nachzuvollziehenden Diskussionen im ersten Halbjahr entscheidend. Lassen Sie mich versuchen, Ihnen die Entwicklung an den beiden Hauptträgern in Norddeutschland deutlich zu machen, Offshore- und Onshore-Wind.

Offshore, also Wind vom Meer, der über die Küste tief ins Binnenland bis in den Süden gebracht werden soll, war einmal eine Fantasie, die unglaubliche Erwartungen ausgelöst hat in Norddeutschland. Und nach der Euphorie folgte der Kater, bis zum Sommer des Jahres 2014 hatte für die gesamte Offshore-Branche die Frage „sein oder nicht sein?“ keine literarische, sondern eine sehr praktische Relevanz. Es musste geklärt werden, ob Deutschland zur Offshore-Windenergie steht oder nicht. Ob wir bereit sind, den damit verbundenen Preis zu zahlen, war die Frage und die mit dem Gesetz über die erneuerbaren Energien gegebene Antwort lautet: Ja. Im Jahr 2030 werden vor den deutschen Küsten, insbesondere vor der Nordseeküste, etwa $\frac{2}{3}$ des Stroms erzeugt werden, den alle Atomkraftwerke im Jahre 2013 zusammen produziert haben. Das hat sich in dieser Dimension noch nicht überall verbreitet. Da wir aus der Atomenergie aussteigen, muss eine Kompensation erfolgen. Und wenn man sich klarmacht, dass aufgrund des industriellen Besatzes die Mehrzahl der Atomkraftwerke im Süden zu finden ist und die Offshore-Windparks bei uns stehen, dann können Sie nachvollziehen, warum ich von einer strukturell bedeutsamen Entwicklung ausgehe: Wir sind hier in Norddeutschland gerade dabei, eine neue Industrie aufzubauen.

Dasselbe gilt für Onshore, den Wind vom Land. Hier hat man in dem Gesetz Zubauziele formuliert, die höher sind als ursprünglich geplant. Das ist vor allem für uns im Norden gut. Insbesondere ist es gelungen, dass das sogenannte Repowering, die Ertüchtigung von bereits betagten Windanlagen, nicht eingerechnet wird in diesen limitierten Zubau. Die zweite und dritte Generation von Windmühlen sind wesentlich leistungsfähiger als die erste Generation, was ganz normal ist bei einer sich entwickelnden Technologie. Das führt dazu, dass wir an bestehenden Standorten die Chance haben, deutlich mehr Energie zu erzeugen, als das ursprünglich der Fall gewesen ist. Und deswegen bin ich der sicheren Überzeugung, dass Windenergie der Solarenergie den Rang ablaufen wird, die technologischen Sprünge werden hier nach meinem Eindruck deutlich schneller und deutlich größer sein.

Das waren zwei wirklich wesentliche Punkte, für die die norddeutschen Länder insgesamt sehr hart gerungen haben. Es war für uns alle eine gute Erfahrung, zu sehen, dass die norddeutschen Länder, wenn sie gemeinsam und geschlossen vorgehen, dieselbe und gelegentlich auch eine größere politische Wirkungsmacht erzielen können als die süddeutschen Kollegen – ein auch für die Frage der Infrastrukturentwicklung Mut machendes Beispiel.

III.

Für uns im Norden ist die Energiewende eine große Chance und darum haben wir ein noch größeres Interesse als alle anderen daran, dass sie ein Erfolg wird. Gerade deswegen muss ich mich jetzt auch den Baustellen zuwenden. Welche Schwierigkeiten sind denn zu überwinden, damit wir die Chance für Norddeutschland, die mit der Energiewende verbunden ist, tatsächlich auch nutzen können?

Nun, die erste Schwierigkeit liegt auf der Hand, es ist die Frage des Netzausbaus. Die alte Stromwirtschaft hatte bezogen auf den Netzbetrieb sehr einfache Regeln. Aus relativ großen Kraftwerken gab es einen Einbahnstraßenverkehr hin zur Kundschaft, sei es zur privaten, sei es zur gewerblichen Kundschaft. Die neue Energiewirtschaft wird einen Mehrrichtungsverkehr haben, wobei ständig die einen Akteure einspeisen und die anderen Akteure abnehmen oder umgekehrt. Und wir haben größere Strecken zu überwinden. Sie kennen die Diskussion um Sümlink. Sümlink ist eine große Stromtrasse, die vom Norden bis in den Süden führen soll, was insbesondere im Süden keine Begeisterungstürme ausgelöst hat. Diese Stromtrasse wird als eine Hauptschlagader der Energiewende bezeichnet und das aus gutem Grund. Sie wird dazu beitragen, dass der im Norden erzeugte Strom in den Süden transferiert wird, wo ein besonderer Bedarf danach besteht, grundlastfähigen Strom zu haben, also verlässlich 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr. Das ist eine Kernbedingung für die Industrie. Es gibt an dieser Stelle unverkennbar erhebliche Widerstände zu überwinden. Die unterschiedlichen Trassen, die gerade in einer Prüfung sind, lösen wie an einer Perlenkette Bürgerinitiativen und Proteste aus. Wir werden als Politik sehr viel Überzeugungsarbeit leisten müssen und es wäre gut, wenn Politik dabei geschlossen aufträte.

Mich stört an den bayerischen generellen Protesten gegen Sümlink besonders, dass sie Verunsicherung entlang der ganzen Kette schafft und es zum Beispiel schwerer macht, in Niedersachsen entsprechende Diskussionen zu führen. Die Politik muss gerade in einer solchen Frage Leadership zeigen. Wer es mit der Energiewende ernst nimmt, wird um Stromtrassen nicht herumkommen. Wer A sagt, muss auch B sagen. Das sage ich übrigens auch Bürgergruppen, die sich übrigens oft aus früheren Atomkraftgegnern zusammensetzen, was mir sehr sympathisch ist. Aber wenn man gegen das eine gewesen ist, kann man eigentlich nicht gut mit der gleichen Verve Protest gegen notwendige Maßnahmen der Energiewende führen – irgendwo muss der Strom herkommen. Dabei sind die mit den Stromtrassen verbundenen Belastungen nicht kleinzureden, sie heißen nicht umsonst Stromautobahnen, haben sie auch den räumlichen Umfang von Autobahnen und eine solche Stromautobahn möchte niemand in seiner Nähe haben. Das ist menschlich gut nachzuvollziehen, aber gesellschaftlich müssen wir uns entscheiden. Wir haben uns entschieden und müssen diese an sich kluge Entscheidung jetzt auch umsetzen. Der Netzausbau ist die erste Baustelle, eine Baustelle aber, die eine entschiedene Politik vernünftig, offen und transparent agierend und kommunizierend realisieren muss.

Die zweite Baustelle heißt Marktintegration. Als das Gesetz über erneuerbare Energien im Jahre 2000 geschaffen wurde, handelte es sich um Regelungen für eine Nischentechnologie. Heute reden wir bei den Erneuerbaren über eine Macht auf dem Strommarkt mit 26-27% Marktanteil. Es war sinnvoll, eine Nischentechnologie mit staatlicher Förderung aufzupäppeln, jetzt aber ist es immer weniger gerechtfertigt. Wir werden die Erneuerbaren Stück für Stück in den Markt integrieren müssen, mittel- bis langfristig müssen sie sich dort genauso bewähren wie andere Energieträger auch. Nicht im Sinne einer Schocktherapie, aber sehr zielstrebig. Das heißt auch, dass wir zu einem Ausschreibungsregime gelangen müssen, und die Frage, wie diese Spielregeln lauten werden, wird eine der spannendsten Fragen in der energiepolitischen Diskussion in den nächsten anderthalb bis zwei Jahren werden.

Die dritte Baustelle ist ebenfalls höchst kompliziert. Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass der Anteil der erneuerbaren Energien von 26% auf 35%, auf 50%, auf 70% steigt, heißt das im Umkehrschluss, dass fossile Energieträger sukzessive weniger gefragt sind, das gilt insbesondere für Kohle und Gas. Weil aber nicht ständig die Sonne scheint und nicht ununterbrochen Wind weht und wir auch noch nicht gut sind in der Speicherung von Strom, brauchen wir Reservekapazitäten. Die spannende Frage lautet jetzt, wie es gelingen kann, dass zunächst auch noch Kohlekraftwerke, langfristig aber wohl primär Gaskraftwerke bei abnehmender Bedeutung dennoch in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Diese schwierige Denksportaufgabe wird im Moment leider ganz und gar falsch beantwortet. Wenn Sie sich einmal anschauen, wer in der Energiewirtschaft gerade relativ erfolgreich ist, dann sind das vor allem alte, abgeschriebene Kohlekraftwerke. Das ist ein Effekt, der im Zeichen der Energiewende aufgrund der starken CO₂-Verschmutzung gar nicht gewünscht ist. Das Nachsehen haben moderne, noch nicht abgeschriebene Gaskraftwerke, obwohl gerade diese den Vorteil haben, flexibel regelbar zu sein, eine Eigenschaft, die Kohlekraftwerke gerade nicht haben. Hier läuft etwas schief. Eigentlich gibt es ein auch ordnungspolitisch gutes System, mit dem man dafür sorgen kann, dass die richtigen Kraftwerke Gewinn machen und die falschen nicht, das ist der sogenannte CO₂-Handel. Der Gesamtgedanke lautet: Wer die Umwelt verschmutzt, soll dafür bezahlen. Das klappt aber nicht, wenn – wie es aktuell der Fall ist – der CO₂-Preis tief im Keller ist und nach den Beschlüssen des Europäischen Rates auf Dauer niedrig bleiben wird. Das führt dazu, dass die alten abgeschriebenen Kohlekraftwerke relativ profitabel laufen und viele andere mit ihnen nicht wirklich konkurrieren können.

Was kann man jetzt tun? Ein Begriff wird Ihnen vielleicht gelegentlich begegnen, wenn Sie Zeitung lesen: Kapazitätsmärkte. Dahinter steht der Gedanke, dass die Kraftwerke, die möglicherweise irgendwann einmal gebraucht werden, bis dahin aber nicht durchgehend laufen müssen und sollen, dennoch regelmäßig Geld bekommen. Ich kann verstehen, dass einzelne Akteure Interesse an einem solchen Vorgehen haben, aber das würde für die Verbraucher eine sehr teure Veranstaltung. Deswegen bin ich an dieser Stelle skeptisch. Es gibt einen anderen Weg, den man meiner Ansicht nach eher gehen müssen, obwohl er nicht gerade meine erste, impulsive Regung war. Wenn das Marktinstrument CO₂-Handel nicht funktioniert, werden wir darüber zu reden haben, ob und in welchem Umfang der Staat CO₂-Vorgaben macht. Solche Vorgaben würden dann dazu führen, dass die einen schneller vom Netz gehen und damit die anderen bessere Chancen haben. Hier gibt es einen harten Wettbewerb zwischen einzelnen Bundesländern; Länder, die sehr stark von Kohle abhängig sind, haben bei diesem Gedanken keine besondere Freude. Aber wenn man es ernst meint mit der Energiewende, wenn man auch systemtreu bleiben will, dann wird man diesen Weg gehen müssen.

Die vierte Baustelle hatte ich schon angedeutet, sie lautet Forschung und Entwicklung. Die Energiewende ist nicht zuletzt ein technologisches Thema und das Nadelöhr der Energiewende ist derzeit die Speichertechnologie. Es wäre alles ganz einfach, könnten wir den an den einen Tagen zu viel produzierten Strom speichern und an den anderen Tagen, an denen er gebraucht wird, ins Netz einspeisen. Aber so weit sind wir noch nicht. Und wenn die staatliche Forschungspolitik einen Schwerpunkt ganz besonders betonen sollte, wäre meine Empfehlung, Speichertechnologien in den Mittelpunkt der Anstrengungen zu stellen.

Ich will der fünften Baustelle nicht ausweichen. Sie haben sie sowieso alle im Hinterkopf: die Preise. Wer soll das eigentlich bezahlen? Wir hatten in den letzten Jahren deutliche Preissprünge, die vor allem auf die sogenannte EEG-Umlage zurückzuführen waren. Der Aufbau, die staatliche Förderung von erneuerbaren Energien ist letztlich auf die Verbraucher umgelegt worden.

Im Hinblick auf die Preisentwicklung war das Gesetz, das wir im ersten Halbjahr so intensiv diskutiert haben, ein deutlicher Fortschritt. Nach allem, was ich weiß, werden wir bis 2017 Preisstabilität haben und danach werden mögliche Steigerungen wesentlich moderater ausfallen, als wir das in den letzten Jahren erlebt haben. Man hat richtigerweise Überförderung aus dem System herausgenommen. Gleichzeitig ist – und das war ein harter Kampf mit der Europäischen Kommission – dafür gesorgt worden, dass die energieintensive Industrie in Deutschland weiterhin unter den Bedingungen arbeiten kann, die sie jetzt hat. Es ist uns wenig damit gedient, dass wir eine neue Industrie freudig begrüßen können und uns zugleich von vielen anderen Industrien mit Trauer verabschieden müssen. Die Energiewende aber ist vor allen Dingen auch eine gewaltige Investition und Investoren gibt es nur, wenn sie eine angemessene Rendite erwarten können.

Wir sollten in dieser Situation nicht nur auf den Gesamtpreis für Strom schauen, sondern uns auch bewusst machen, dass etwa 50% des Strompreises aus staatlichen Abgaben bestehen. Ich bin relativ sicher, dass über kurz oder lang der Staatsanteil sinken muss, um den Strompreis akzeptabel zu halten. Das wäre auch vernünftig und vertretbar. Es leuchtet mir nicht ein, dass bei jeder Energiepreiserhöhung durch die Erhöhung der EEG-Umlage gleichzeitig der Staat mitgewinnt, weil die Mehrwertsteuer hinzukommt. Der Staat sollte nicht Trittbrettfahrer von Energiepreiserhöhungen sein, die er selbst politisch veranlasst hat. Das sind fünf Baustellen und wenn ich mehr Zeit hätte, würden mir sicher noch mehr Baustellen einfallen.

IV.

Was aber bedeutet das alles?

Ich habe eingangs das Ziel der Energiewende beschrieben, jetzt haben wir uns die Schwierigkeiten auf diesem Weg angeschaut. Wenn ich noch einmal den Vergleich mit dem Marathonlauf heranziehen darf: Der Start in diesen Marathonlauf war unbestritten holprig. Wir sind jetzt in einem ganz guten Lauf, aber auf diesem Lauf warten noch etliche Steigungen, Regen und Gegenwind. Die Langläufer unter Ihnen wissen, im Laufe eines längeren Rennens können einem viele Widrigkeiten begegnen und es ist noch eine sehr lange Strecke zu bewältigen. Allzumal aus norddeutscher Sicht, aber auch generell ist der Preis, der im Ziel winkt, ein durchaus beachtlicher. Norddeutschland wird bei einem erfolgreichen Verlauf der Energiewende struktureller Gewinner sein innerhalb Deutschlands und das sollte uns zusätzlich motivieren. Und wem das als Argument noch nicht ausreicht, die notwendigen Anstrengungen auf sich zu nehmen, dem möchte ich gerne abschließend folgende Überlegung nahebringen.

Wenn wir uns fragen, was wir der nächsten Generation hinterlassen, müssen wir uns eingestehen, dass unsere Kinder und Enkel unter weniger komfortablen Bedingungen an den Start gehen, als wir sie hatten. Wir werden eine relativ hohe Staatsverschuldung hinterlassen und ein relativ großes demografisches Problem, relativ weniger jungen Leuten werden deutlich mehr ältere Leute gegenüberstehen. Das sind keine einfachen Bedingungen und auch ökonomisch wird es nicht leichter werden unter den Bedingungen eines globalen Wettbewerbs.

Die Energiewende könnte ein Feld werden, in dem unsere Generation es der nächsten Generation leichter macht. Und wenn sie gelingt, haben wir in Deutschland eine dann hoffentlich immer noch blühende Volkswirtschaft mit einem Energiesystem, das unerschöpflich ist, das umweltfreundlich ist, das sicher ist und das wirtschaftlich ist. Und ich finde, das sollte uns motivieren, die Schwierigkeiten und Herausforderungen, die ich beschrieben habe, weiter engagiert anzugehen, klug vorzugehen und weiterzulaufen.

